

Zwei Milliarden für kluge Köpfe

Von Prof. Monika Grütters

Nach monatelangen Verhandlungen konnte der Bundestag erfolgreich den Antrag der Koalition zur Zukunft der Hochschulen beschließen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen regelrechten Vertrag zwischen Bund und Ländern, in dem der aktuellen Situation an den deutschen Hochschulen Rechnung getragen wird. Grund für die Reform ist der zu erwartende Anstieg von 90.000 zusätzlichen Studienanfängern, was die Bundesländer allein nicht stemmen können.

Die Herausforderung ist bildungspolitisch gewollt, aber der Bund muss den Ländern finanziell unterstützend unter die Arme greifen. Deshalb wurde im Hochschulpakt vereinbart: Die Bundesregierung investiert 1,27 Milliarden Euro, die Länder geben zusätzlich noch einmal 565 Millionen Euro. Seitens der Koalition wurden dazu wichtige Eckpunkte formuliert. So soll die unterschiedliche Zahl der künftigen Studienanfänger in den Ost- und Westbundesländern berücksichtigt werden, um sicher zu stellen, dass der steigenden Zahl von Studienberechtigten ein qualitativ hochwertiges Studium ermöglicht wird. Von den westdeutschen Studenten wird Mobilität erwartet, gerade im Osten gibt es hervorragende Universitäten.

Die besondere Situation der Stadtstaaten wurde ebenfalls berücksichtigt. Berlin spielt hier eine Sonderrolle, da es in der Hauptstadt im Verhältnis zur Einwohnerzahl die höchsten Studierendenzahlen gibt. Darüber sollte Berlin eigentlich glücklich sein, denn aufgrund der Einwohner – und das heißt Steuerstruktur könnte sich die Stadt die vielen Studenten finanziell eigentlich gar nicht leisten. Nun kann sich Berlin mit 4 Prozent der Gesamtsumme des Hochschulpaktes glücklich schätzen. Der Hochschulpakt, der mit insgesamt 2 Milliarden Euro 90.000 zusätzliche Studienplätze in den alten Bundesländern schafft, ist ein zuversichtlich stimmendes Zukunftssignal.

Aus: Bundestag aktuell April/Mai 2007